

SWR2 Wissen

Putschen statt Wählen - Mali und die Demokratiekrise in Westafrika

Von Bettina Rühl

Sendung vom: Mittwoch, 27. Juli 2022, 8:30 Uhr

Redaktion: Dirk Asendorpf

Regie: Andrea Leclerque

Produktion: SWR 2022

In Westafrika putscht das Militär, und die Menschen scheinen das zumindest in Mali zu begrüßen. Sie fühlen sich schon lange nicht mehr von der gewählten Elite vertreten.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Atmo 01:

Versammlung

Erzählerin:

In einer Kleinstadt im westafrikanischen Mali drängen Männer und Frauen in einen Saal. An der Decke kämpfen Ventilatoren gegen die Hitze. Der Saal wird voll, die Menschen wollen sich an einem großen Projekt beteiligen: der Neugründung ihres Staates. Gleich zwei Mal hat das Militär innerhalb weniger Monate geputscht. Die militärische Übergangsregierung will Monate, vielleicht Jahre an der Macht bleiben. Die Bevölkerung scheint damit mehrheitlich einverstanden zu sein, allerdings nicht auf Dauer. Die malische Demokratie soll neu gegründet werden, das Volk will daran mitarbeiten.

Ansage:

Putschen statt Wählen – Mali und die Demokratiekrise in Westafrika. Von Bettina Rühl.

Erzählerin:

Es ist der 16. Dezember 2021, vor fünf Tagen haben in Mali die so genannten „Assises Nationales pour la Refondation“ begonnen. In diesen landesweiten Versammlungen diskutiert die Bevölkerung darüber, was sie von der Regierung erwartet, ob die malische Verfassung geändert werden soll, was aus ihrer Sicht in ihrem Staat verbessert werden müsste. Innerhalb von zwei Wochen finden landesweit hunderte solcher Versammlungen statt, bis zu 90.000 Menschen nehmen teil: Junge und Alte, Frauen und Männer. Zehntausende hören stundenlang zu, gehen an die Saalmikrofone, machen Vorschläge, stellen Forderungen. So wie dieser junge Mann, ein Beispiel unter Zehntausenden:

O-Ton 01 Bürger:

Moi, mes propositions sont les suivantes ... Renforcer le financement de la justice. Merci infiniment.

Übersetzung:

Ich habe folgende Vorschläge zu den Themen Recht, Justiz und Menschenrechte. Mein erster Vorschlag ist, Straflosigkeit, Günstlingswirtschaft und Klientelismus zu verbieten. Außerdem die Grundsätze der Gewaltenteilung durchzusetzen. Unsere Gesetze und Gerichtsurteile sollten aus dem Französischen in unsere Landessprachen übersetzt werden. Bürgerinnen und Bürger müssen besser darüber informiert werden, wie unser Justizsystem funktioniert. Die Finanzierung unseres Gerichtswesens muss verbessert werden.

Erzählerin:

Das Ausland, auch Deutschland, schaut währenddessen beunruhigt auf Mali. Die westafrikanischen Nachbarstaaten und Europa protestieren gegen die Militärcoups, fordern baldige Wahlen und eine schnelle Rückkehr zur Demokratie. Besonders

lautstark ist die Kritik von Frankreich, der ehemaligen Kolonialmacht. Die Bevölkerungsmehrheit dagegen applaudiert den aufständischen Militärs.

Atmo 03 Demo:

Hupen

Erzählerin:

Die lassen es zum Bruch mit Frankreich kommen und wenden sich an Russland, die Bevölkerung jubelt auch dazu.

Mali ist nicht das einzige afrikanische Land, in dem Militärs in den vergangenen Monaten geputscht haben. Auch im Nachbarland Burkina Faso haben Soldaten eine gewählte Regierung gestürzt, außerdem in Guinea und im Sudan. In Westafrika – nicht im Sudan – jubelt die Bevölkerung den Putschisten zu. Und Russland gewinnt auf dem Kontinent an Einfluss. Warum applaudieren Menschen in Westafrika Putschisten – während sie zumindest in Mali gleichzeitig tagelang über ihre Vorstellung von Demokratie diskutieren? Und was bedeutet das für den Westen?

OT 02 Alassane Dicko:

Je suis Alassane Dicko ... je fais les plaidoyers sur la justice sociale.

Übersetzung:

Ich bin Alassane Dicko, Aktivist im internationalen Netzwerk Afrique-Europe Interact. Ich bin für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und halte Plädoyers zum Thema soziale Gerechtigkeit.

Erzählerin:

Dicko hat zumindest eine Vorstellung davon, wie eine funktionierende Demokratie in Afrika aussehen müsste.

Atmo 04:

Straße in Bamako

Erzählerin:

Wir treffen uns in Djelibougou, einem Wohnviertel am Rande von Bamako, der malischen Hauptstadt. Entlang der nicht asphaltierten Straßen verkaufen Händlerinnen Tomaten, Zwiebeln, Brühwürfel, Streichhölzer. In einem der Wohnhäuser hat das internationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact seinen Sitz. Dicko hat im Dezember an der Versammlung in seinem Stadtviertel teilgenommen. In Bamako mit seinen zweieinhalb Millionen Einwohnern kamen die Bürgerinnen und Bürger an mehreren Orten zusammen.

O-ton 03 Alassane Dicko:

Ces assises ont été d'abord pluraliste, décentralisée, délocalisée.... des populations eux-mêmes qui ont organisé les Assises nationales.

Übersetzung:

Diese Versammlungen waren pluralistisch, fanden im ganzen Land und auf Ebene der verschiedenen Verwaltungseinheiten statt. Das Besondere ist: Sie wurden von Vertretern der Bevölkerung einberufen.

Erzählerin:

Sie wurden also nicht von oben nach unten organisiert, sondern von unten nach oben. Und sie waren keine demokratische Showveranstaltung der militärischen Übergangsregierung. Während der Zusammenkünfte konnte jede und jeder sprechen, betont Dicko.

Atmo 05:

Vorstellung der Vorschläge

Erzählerin:

Am letzten Tag des Jahres 2021 stellten Abgesandte der Versammlungen deren Empfehlungen vor, insgesamt 534. Auch der malische Übergangspräsident, Oberst Assimi Goïta, hörte zu. Einer der Vorschläge: Die Übergangsphase bis zu den nächsten Wahlen solle zwischen sechs Monaten und fünf Jahren dauern. Außerdem: Mali solle ein einheitlicher und dezentralisierter, auf jeden Fall demokratischer Staat bleiben.

O-Ton 04 Alassane Dicko:

Le point le plus essentiel, c'est la gouvernance ... traditionnelles, culturelles et sociales.

Übersetzung:

Der wichtigste Punkt ist die Frage, wer uns künftig regiert. Die Bevölkerung möchte, dass die kulturellen und traditionellen Autoritäten des Landes berücksichtigt werden, also die religiösen Führer, die Dorfvorsteher, die Gemeindevorsteher und die Repräsentanten aller anderen traditionellen, kulturellen und sozialen Einheiten.

Erzählerin:

Sie sollen, so die Empfehlung, eine institutionell verankerte Rolle bekommen. Dafür muss die bislang gültige Verfassung von 1992 geändert werden, die Vorbereitungen dazu haben Anfang Juni 2022 begonnen. Wie diese neue Verfassung aussehen soll, war während der Versammlungen im Dezember ebenfalls Thema.

O-Ton 05 Alassane Dicko:

Il faut un contrat de vivre ensemble... d'aujourd'hui avec les mêmes valeurs.

Übersetzung:

Wir brauchen einen Vertrag, der unser Zusammenleben regelt. Bei unseren Überlegungen dazu haben wir uns vom Kurukan Fuga inspirieren lassen. Das ist die Charta des alten Mandé-Königreichs, ich glaube sie stammt aus dem Jahr 1200. Sie spricht uns immer noch an und bietet uns ein Grundgerüst an Werten, die wir in die Moderne übertragen wollen.

Atmo 06:
Kora-Musik

Erzählerin:

Die Kurukan Fuga war der Gründungsvertrag des historischen Mali, des größten westafrikanischen Reichs der Geschichte. Es reichte weit über die Grenzen des heutigen Staates hinaus. Die Kurukan Fuga ist damit eine der ältesten Verfassungen der Welt, wurde aber nur mündlich überliefert. Sie betonte unter anderem die Bedeutung des sozialen Friedens, die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens, den Wert von Bildung, Meinungs- und Unternehmensfreiheit. 2009 wurde die Charta von der UNESCO in die Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen.

O-Ton 06 Alassane Dicko:

Il ne s'agit pas de ... repartir dans un monde imaginaire ancien que nous aurions perdus, non. Il s'agit de ramener ce qui façonne notre identité.

Übersetzung:

Es geht nicht darum, in eine alte Fantasiewelt zurückzukehren, die wir längst verloren haben. Es geht darum, das zurückzubringen, was unsere Identität prägt.

Erzählerin:

Das neue Bewusstsein für die eigene Identität beeinflusst das Verhältnis zur Demokratie. Das erklärt sich durch die Umstände, unter denen die westliche Form der repräsentativen Mehrparteiendemokratie in Afrika eingeführt wurde. Mit dem Ende des Kalten Krieges und den weltpolitischen Umwälzungen von 1989 bis 1991 gerieten auch die afrikanischen Regierungen unter Druck, sich zu demokratisieren und Mehrparteiensysteme zuzulassen. Frankreich formulierte diesen Druck besonders deutlich. Die ehemalige Kolonialmacht hatte bis dahin ohne Berührungängste eng mit afrikanischen Despoten kooperiert, sofern sie die Interessen Frankreichs in Afrika hochhielten. Dann, im Sommer 1991, rief der damalige Präsident François Mitterrand Vertreter seiner ehemaligen Kolonien im westfranzösischen Badeort La Baule zusammen. Und predigte ihnen auf einmal die Tugenden des demokratischen Wandels:

Sprecher:

„Habt Vertrauen in die Freiheit. Sie ist kein heimlicher Feind, sondern euer bester Freund.“

O-Ton 07 Georg Klute:

Das sieht schon so aus, als sei die Form einer parlamentarischen Demokratie und eines Rechtsstaates insofern aufgezwungen worden, als auch die Entwicklungszusammenarbeit bzw. Budgethilfe für diese Staaten an solche Bedingungen geknüpft worden sind.

Erzählerin:

Sagt der Ethnologe Georg Klute, der seit Jahrzehnten zum und im Sahel forscht. „Der Staat“, egal in welcher Verfasstheit, sei für die Bevölkerung in der Region immer etwas Fremdes geblieben.

O-Ton 08 Georg Klute:

Dieser Staat hat existiert als Kolonialstaat, dann als postkolonialer Staat, meistens in Form eines Parteienstaates oder in Form einer Autokratie bzw. Diktatur, bis eben zu Beginn der 1990er-Jahre, wo dann mit dem Zwangsmittel oder mit dem Knüppel der Konditionalität eingefordert worden ist vom Westen die Einführung parlamentarischer Demokratie und von Rechtsstaatlichkeit.

Erzählerin:

Jetzt erst und rückblickend begehrt die Bevölkerung gegen diese Bevormundung auf, fordert Jahrzehnte später vom Westen, vor allem von Frankreich, den Respekt für ihre eigene Kultur. Die malische Bevölkerung nimmt dafür zurzeit einiges in Kauf. Besonders hart treffen die Sanktionen der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas, die – ebenso wie Europa – von der militärischen Übergangsregierung baldige Wahlen verlangt.

Atmo 07:

Geschäftsstraße in Bamako

Erzählerin:

Eine Geschäftsstraße in Bamako. In dieser Gegend verkaufen die Händlerinnen und Händler vor allem Baubedarf: Zement, Fliesen, Sanitäreinrichtungen. Die Waren werden in kleinen Läden angeboten, in groben Holzregalen bis an die Decke gestapelt. An diesem Morgen ist es ungewöhnlich ruhig, nur vereinzelt Kunden sind unterwegs. Vor einem der Geschäfte ist ein Mann dabei, Zementsäcke in den Kofferraum seines Autos zu laden.

O-Ton 09 Zementkäufer:

Oh, les prix sont dur.... On est obligé de payer 10 sac.

Übersetzung:

Alles ist sehr teuer geworden, auch Zement. Früher hat der Sack höchstens 4.500 Francs gekostet, jetzt sind es 6.500. Ich bräuchte eigentlich eine Tonne Zement, aber ich konnte mir nur 10 Säcke leisten.

Erzählerin:

Der Mann möchte sein Haus fertigbauen, ob er dafür noch genug Geld hat, ist nun fraglich. Grund für die drastische Preissteigerung um gut 40 Prozent waren die Sanktionen der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas. Das Bündnis hob die Einschränkungen zwar Anfang Juli wieder auf. Die wirtschaftlichen Folgen wirken aber nach, noch verstärkt durch die allgemeinen Preissteigerungen infolge des Kriegs in der Ukraine.

O-Ton 10 Zementverkäufer:

Pratiquement il y a rien tous les autres sont au arrêts.

Übersetzung:

Die Wirtschaft steht still. Auch die jungen Leute sieht man nur rumsitzen und Tee trinken. Normalerweise verdienen sie ihr Geld auf dem Markt, machen sich hier und da nützlich, schlagen sich damit durch. Aber jetzt gibt es ja keine Waren mehr, abgesehen von Medikamenten und Lebensmitteln.

Erzählerin:

Nicht nur er weiß kaum noch, wie es weitergehen soll. Warum revoltiert die Bevölkerung nicht gegen die militärische Übergangsregierung, fordert Wahlen? In Mali, aber auch nicht im benachbarten Burkina Faso oder in Guinea?

O-Ton 11 Anna Schmauder:

Kurzgesagt, weil die gewählten Demokratien nicht die Versprechen erfüllt haben, mit denen sie angetreten sind. Also was heißt Demokratie? Wenn man sich einmal die Definition anschaut: ein politisches Prinzip, in dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung teilhat.

Erzählerin:

Anna Schmauder forscht am niederländischen Clingendael Institut zum Sahel, besonders zu Mali, Burkina Faso und Niger.

O-Ton 12 Anna Schmauder:

Die Frage ist erstens: Wie frei sind die Wahlen? Die Wahlzettelabgabe ist oft von ganz anderen Kriterien beeinflusst als wirklich nach politischen Überzeugungen. Oft wird gewählt, weil ja auch finanzielle Anreize gesetzt werden, für bestimmte Kandidaten zu stimmen. Die Parteien stehen gar nicht für unterschiedliche politische Programme, sind vielmehr vielleicht eher Interessensverbände. Und ja, deswegen ist allein schon hier diese Frage, wie sinnvoll der Begriff der Demokratie überhaupt ist.

Erzählerin:

Hinzu komme noch etwas anderes, sagt Anna Schmauder: Die gewählten Regierungen haben es weder in Mali noch in Burkina Faso geschafft, der Bedrohung durch islamistische Gruppen Einhalt zu gebieten.

O-Ton 13 Anna Schmauder:

Und sowohl in Mali als auch in Burkina Faso ist, dass im letzten Jahrzehnt zum drängendsten Problem geworden. Das ist die Aufgabe, die sich auch demokratisch gewählten Regierungen stellen müssen. Und wenn man sich die Sicherheitslage anschaut, dann hat die sich kontinuierlich weiter verschlechtert. Von daher ist dann eben parallel zu dieser Verschlechterung der Sicherheitslage auch in der Konsequenz eine Demokratiemüdigkeit entstanden. Und damit eine Klassifizierung eines politischen Systems, weil eben diejenigen, die gerade an der Macht sind, als gescheitert wahrgenommen werden.

Erzählerin:

Das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ist die wichtigste Aufgabe eines Staates. Eine weitere: ihr Eigentum zu sichern. Wie dramatisch die Sahelstaaten auch darin oft scheitern, zeigt erneut ein Beispiel aus Mali.

Atmo 08:

Markt Bamako

Erzählerin:

Im Marktviertel von Bamako versucht auch Benké Diarra aus Sanamadougou, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, er handelt mit Zwiebeln und Reis. Dabei ist der 63-Jährige eigentlich Landwirt, aber seine Felder hat er an einen Großunternehmer verloren.

O-Ton 14 Benké Diarra, darüber Überetzung:

Von diesem Landgrabbing war ich nicht alleine betroffen. Er hat sich das Land unseres gesamten Dorfes einfach angeeignet. 158 Familien sind allein in unserem Dorf betroffen.

Erzählerin:

Gleichzeitig haben die Bewohner des Nachbardorfes Sahou ihre Felder verloren. Die Flächen liegen in einer der fruchtbarsten Regionen von Mali, dem Binnendelta des Niger-Flusses. Ein malischer Großunternehmer namens Modibo Keïta sei 2010 in ihr Dorf gekommen, um das Land zu kaufen. Modibo Keïta habe den Dorfbewohnern noch nicht einmal einen Kaufpreis angeboten, sondern nur gesagt, sie bekämen dann Arbeit in seiner Fabrik. Ihr Dorfchef lehnte ab. Trotzdem pachtete Keïta das Land. Wir haben uns an die Regierung gewandt und an die Justiz. Einmal kam sogar eine Delegation, das war noch zu Zeiten von IBK, dem letzten zivilen Präsidenten. Sie haben die Fläche vermessen und haben gesagt: Ihr könnt Euren Kampf beenden, Ihr werdet Eure Felder wiederbekommen. Aber bei diesem Versprechen ist es bis heute geblieben.

Benké Diarra und die anderen Dorfbewohner sind davon überzeugt, dass die Vertreter des Staates ihr Recht ignorierten, weil sie von dem Unternehmer bestochen wurden. Wer kein Geld hat, bekommt kein Recht, diese Erfahrung ist weit verbreitet. Das erklärt zu einem guten Teil, warum nun viele Menschen die Militärs an der Staatsspitze tolerieren oder gar begrüßen. Denn die haben versprochen, Malis Schwächen auszumerzen, den Staat neu aufzubauen. Nach dem Erleben der Bevölkerung in vielen afrikanischen Ländern ist Korruption mit der real existierenden Demokratie fast untrennbar verbunden, sagt Ousmane Sy, malischer Wirtschaftswissenschaftler und Agrarökonom, außerdem ehemaliger Minister für Territorialverwaltung. Sy ist als Berater international gefragt und viel unterwegs. Wir sprechen über eine Internetverbindung.

O-Ton 16 Ousmane Sy:

Le processus démocratique ... qui donnent sens à la démocratie.

Übersetzung:

In dem demokratischen Prozess gingen die Werte, die eine Demokratie für die Bevölkerung attraktiv machen, verloren. Hier sagen alle: Die Demokratie war eine Enttäuschung, weil sie zu Straflosigkeit und Korruption geführt hat. Überall, wo Straflosigkeit und Korruption herrschen, funktioniert nichts. Deshalb sind die Menschen von dieser Staatsform so enttäuscht. Ich sage deshalb oft: Der Kampf um Freiheiten wurde gewonnen, aber der Kampf um die Werte verloren. Dabei sind es die Werte, die der Demokratie Sinn verleihen.

Erzählerin:

Zwar sei auch die Freiheit ein Wert, räumt Sy ein, aber:

O-Ton 17 Ousmane Sy:

Oui, la liberté, elle est une valeur ... elle devient une contre valeur.

Übersetzung:

Wenn sie nicht von anderen Werten begleitet wird, verliert sogar die Freiheit ihren Sinn. Wenn sie nur zur Verbreitung von Korruption und Straflosigkeit führt, verkehrt sich ihr Wert ins Gegenteil.

Erzählerin:

Aber warum sind Korruption und Veruntreuung staatlicher Mittel überhaupt ein so großes Problem? Sicher hat das zum einen mit dem Versagen der Strafverfolgung zu tun. In Europa hält die Angst vor juristischen Konsequenzen den Diebstahl zumindest in Grenzen. Anders in Afrika, sagt Sy:

O-Ton 18 Ousmane Sy:

Nous avons des institutions elles ne fonctionnent pas.

Übersetzung:

Wir haben Institutionen, die nicht funktionieren. Auch dann nicht, wenn sie demokratisch eingesetzt wurden.

Erzählerin:

Zur effektiven Strafverfolgung seien sie kaum in der Lage. Sy sieht in den ehemaligen Kolonien aber noch einen anderen Grund für die weit verbreitete Veruntreuung staatlicher Mittel:

O-Ton 19 Ousmane Sy:

La corruption n'est pas nouvelle ... on est pratiquement un héros, un enfant béni.

Übersetzung:

Korruption ist kein neues Phänomen, es gibt sie seit unserer Unabhängigkeit. Wenn wir das Problem effektiv bekämpfen wollen, müssen wir verstehen, warum es in der Wahrnehmung der Menschen kein Fehler ist, sich an öffentlichen Geldern zu bereichern. Der Grund: Öffentliche Gelder werden als Besitz des Staates angesehen. Und der Staat wird von der Gesellschaft als Fremdkörper empfunden. Das führt dazu, dass korrupte Menschen bei uns nicht sozial verurteilt werden. Ganz im Gegenteil wird Korruption vielleicht sogar als eine Form der Gerechtigkeit

angesehen. Wenn jemand öffentliche Gelder zweckentfremdet, um sich selbst, seiner Familie, seinem Clan oder seinen Freunden zu dienen, wird er fast wie ein Held gefeiert.

Erzählerin:

Obwohl die Regierenden seit der Unabhängigkeit aus der eigenen Gesellschaft stammen, sind die Staaten Fremdkörper geblieben. Die Gründe sind nachvollziehbar. Ein Beispiel: Die Bevölkerungsmehrheit versteht die Regierungen buchstäblich nicht, denn die Amtssprache beispielsweise in Mali, Burkina Faso und Niger ist Französisch. Große Teile der Bevölkerung sind aber Analphabeten, verstehen kein Französisch, kommunizieren in den Landessprachen. Sie können die Gesetze ihres Landes nicht lesen, die Debatten ihres Parlaments nicht verstehen. Ganz anders als mit staatlichen Geldern gehen die Gemeinschaften mit traditionellem Allgemeingut um.

O-Ton 20 Ousmane Sy:

Quand vous circulez dans nos pays ... on est éliminé de toutes les façons.

Übersetzung:

Im ländlichen Raum wird der gemeinschaftliche Besitz von den lokalen Autoritäten verwaltet. Niemand würde auf die Idee kommen, diesen gemeinschaftlichen Besitz zu stehlen, es geht dabei um Ackerland und Weideflächen. Niemand darf sich dieses Land aneignen. Es wird von Generation zu Generation weitergegeben, und wer versucht, diese Flächen in seinen Besitz zu bringen, wird auf die eine oder andere Weise aus der Gemeinschaft entfernt werden.

Erzählerin:

Damit die Staaten Westafrikas zu funktionierenden Demokratien werden, müssten sie demnach so reformiert werden, dass sie von der Bevölkerung als etwas Eigenes anerkannt werden. Dann erst würden sie tatsächlich als Demokratien empfunden, als Herrschaften des Volkes über das Volk. Der Wunsch nach einer entsprechenden Reform verberge sich hinter der Forderung nach einer Rückkehr zu einer afrikanischen oder malischen Demokratie, meint der Soziologe und Aktivist Olaf Bernau. Er ist – ebenso wie Alassane Dicko – Mitglied des internationalen Netzwerkes Afrique-Europe-Interact. Aus Sicht der Menschen beispielsweise in Mali gehe es nicht darum, wieder traditionelle Herrschaftssysteme einzuführen, in denen Frauen und junge Menschen keine Stimme hätten.

O-Ton 21 Olaf Bernau:

Da geht es dann eher darum zu sagen: Diese Form von Demokratie, wie sie seit Anfang der 90er-Jahre bei uns eingeführt wurde, das ist keine echte Demokratie, sondern das ist eine Herrschaft neuer Eliten, die im Grunde genommen nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Das sind im Grunde genommen Beute-Gemeinschaften.

Erzählerin:

Bernau weist außerdem darauf hin, dass die Einführung der Mehrparteiendemokratien zufällig mit neoliberalen Reformen zusammenfielen. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank setzten diese so genannten

„Strukturanpassungsprogramme“ in den 1980er- und 1990er-Jahren durch, um überschuldete Staaten im globalen Süden finanziell zu sanieren.

O-Ton 22 Olaf Bernau:

Und diese Programme des IWF waren halt knallharte neoliberale Reformen, wie wir sie in den letzten Jahren in Griechenland kennengelernt haben, also Streichung des Staatsbudgets auf Kernaufgaben, das heißt, plötzlich waren Schulbesuche wieder kostenpflichtig, Gesundheitsdienstleistungen wurden reduziert, Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden gestrichen, Subventionen für kleinbäuerliche Betriebe wurden gestrichen, dann wurden Privatisierungen durchgesetzt, die Märkte wurden geöffnet und plötzlich gab es Konkurrenz von außen. Sprich: Ganz viel Industrie ist zusammengebrochen, die ganze Textilindustrie etc. pp.

Erzählerin:

Bei der Bevölkerung setzte sich durch diese Gleichzeitigkeit der Eindruck fest: Die Demokratie nach westlichem Vorbild ist ein System, in dem das Recht des Stärkeren gilt. Denn die politische Elite nutzte die neuen ökonomischen Freiheiten, um sich auch unternehmerisch zu betätigen. Weil sie dank ihrer politischen Ämter die Regeln und Gesetze manipulieren konnte, war die politische Elite auch ökonomisch ungemein erfolgreich. Der Abstand zwischen Arm und Reich wurde immer größer, die Bevölkerungsmehrheit wirtschaftlich abgehängt. Diese krasse soziale Ungleichheit dauert bis heute an.

O-Ton 23 Olaf Bernau:

Und dann kamen da noch weitere, wenn man so möchte, vielleicht eher kulturelle oder soziale Phänomene hinzu, dass nämlich dann mit diesem demokratischen, sagen wir mal, Aufbruch, der es ja eigentlich hätte sein sollen und dann diesen neoliberalen Reformen plötzlich auch die ganzen althergebrachten Traditionen und auch sozialen Hierarchien in Frage gestellt waren. Weil plötzlich waren die sozusagen die relativ Anerkanntesten in der Gesellschaft die, die die Reichsten waren. Das waren nicht mehr die ältesten Familienvorstände, das waren nicht mehr die ältesten Familien, sondern jetzt hat Reichtum auch von jungen Leuten plötzlich den Ton angegeben. Und da sagen viele auch rückblickend, dass damals die Gesellschaften sich ein Stück weit verloren haben.

Erzählerin:

Wenn von der Sehnsucht nach afrikanischen Formen der Demokratie die Rede ist, fällt als Schlüsselwort Respekt: Vor den anderen, den Älteren, dem Besitz der Gemeinschaft, und – mit Blick auf die vielen bewaffneten Konflikte: vor dem Leben.

Erzählerin:

Ousmane Sy, der ehemalige Minister:

O-Ton 24 Ousmane Sy:

Alors si on veut sortir de cette crise ... de lutter contre les conséquences.

Übersetzung:

Stellt sich die Frage, wie die Sahelstaaten aus dieser Krise herauskommen. Ich glaube, dass die internationalen Organisationen wie die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas, die Afrikanische Union, die Europäische Union und andere direkt wählen lassen wollen, weil sie darin einen Ausweg aus der Krise sehen. Darüber kann man sicher diskutieren. Ich glaube aber, dass Demokratie ein Prozess ist, der über Wahlen hinausgeht. Wählen zu lassen, ohne die Gründe für eine solch grundsätzliche Krise analysiert und Antworten darauf gefunden zu haben, halte ich für problematisch. Ich sehe die Gefahr, dass man dadurch die Ursachen der Krise aufrechterhält und nur die Auswirkungen bekämpft.

Erzählerin:

Was bedeutet das nun für Europa, auch Deutschland? Die Bundesregierung hat mit der letzten gewählten malischen Regierung zusammengearbeitet, gegen die das Volk monatelang immer wieder zu Tausenden auf die Straße ging. Hat Deutschland – ebenso wie andere europäische Staaten – die Sorgen der Bevölkerung ausreichend ernst genommen? Katja Keul, Staatministerin im Auswärtigen Amt, antwortet nachdenklich auf diese Frage.

O-Ton 25 Katja Keul:

Ja, also das ist immer schwierig. Im Nachhinein ist man immer schlauer. Ich glaube, wo wir uns sozusagen ehrlich machen müssen, ist, dass wir uns natürlich selber in einem Dilemma befinden. Wenn wir dann auch präsent sind, auch mit Ausbildungsmission, mit militärischer Präsenz, dann sind wir natürlich darauf angewiesen eine Regierung zu haben, die wir als Gesprächspartner auch akzeptieren. Weil sonst können wir dort gar nicht die Unterstützung anbieten, wie wir das machen. Deswegen sozusagen sind wir vielleicht dazu geneigt, aus eigenem Interesse, weil wir Ansprechpartner brauchen, sozusagen deren Legitimität uns auch vielleicht selber schönzureden. Und das ist im Prinzip das, was wir, glaube ich, jetzt in Mali ziemlich deutlich vor Augen geführt bekommen haben.

Erzählerin:

Von außen lässt sich schwer zu beurteilen, ob eine Demokratie nur noch Fassade ist, weil beispielsweise die Gewaltenteilung durch Vetternwirtschaft unterlaufen wird, oder weil es eine unabhängige Justiz aufgrund von Korruption nicht mehr gibt. Wahlen dagegen sind ein zentrales Element in einer funktionierenden Demokratie. Und: Sie eignen sich als Kriterium, weil sie relativ klar messbar sind: finden sie statt oder nicht, wurden sie von Beobachtern als frei und fair anerkannt? Katja Keul ist bewusst, dass das nicht reicht.

O-Ton 26 Katja Keul:

Also wir sind da gewissermaßen in einem nicht völlig auflösbaren Dilemma. Weil wenn eine Regierung stabil und legitim ist und akzeptiert ist, dann wird es kein Land sein, wo wir jetzt stabilisieren brauchen. Also das heißt, wir werden ja per se dort versuchen zu stabilisieren, wo die Regierung eben in Frage steht. So dass wir dieses Dilemma nicht völlig auflösen können. Aber wir müssen halt wirklich immer sehr genau, auch ehrlich fragen, wie weit sozusagen nutzen wir der Entwicklung? Und ab wann kippt die Stimmung, wann sozusagen wird es kontraproduktiv? Aber wir müssen natürlich erkennen, dass wir selber, weil wir ein Interesse an einem legitimen Ansprechpartner haben, da auch nicht völlig frei von Interessen sind.

Erzählerin:

Was Mali angeht, ist die deutsche Staatsministerin trotz aller Schwierigkeiten optimistisch:

O-Ton 27 Katja Keul:

Ich habe dort Hoffnung, weil es zwar – es gab Unzufriedenheit mit einer gewählten Regierung und es gibt im Augenblick keine Wahlen, aber in der Zivilgesellschaft gibt es doch erhebliches Bewusstsein auch für die Bedeutung von Wahlen. Das glaube ich schon, dass da auch man nicht bereit ist, da dauerhaft drauf zu verzichten.

Erzählerin:

Deutschland wird weiter mit Mali zusammenarbeiten, allerdings nicht mehr mit der Regierung, solange die keine gewählte ist. Sondern mit der Bevölkerung, der zivilen Gesellschaft. Denjenigen also, die sich um einen wirklichen demokratischen Neuanfang bemühen.

Atmo 01:

Versammlung

Erzählerin:

Und das sind viele, wie sich im Dezember bei den Assises Nationales gezeigt hat: Zehntausende haben sich im ganzen Land an diesen Versammlungen beteiligt, weil sie daran mitarbeiten möchten, dass Mali eine wirkliche Demokratie wird.

Abspann:

SWR2 Wissen

Erzählerin:

Putschen statt Wählen – Mali und die Demokratiekrise in Westafrika. Von Bettina Rühl. Sprecherin: Claudia Hübschmann. Redaktion: Dirk Asendorpf. Regie: Andrea Leclerque.

Abbinder
